

Mobilität | Infrastruktur

Infrastruktur für die Wirtschaft in Oberfranken 2023

vbw

Position
Stand: Juli 2023

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Gute Standortbedingungen für die Wirtschaft in Oberfranken

Oberfränkische Unternehmen sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Wichtige Voraussetzungen dafür liefert eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Mitarbeiter.

Wir brauchen verbesserte Mobilitätsangebote, hochleistungsfähige digitale Netze, eine stabile und bezahlbare Energieversorgung, einen Ausbau des Wissens- und Innovationsstandorts. Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung und der Ausbau der E-Government-Strukturen sind in Zeiten des zunehmenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels ebenso unerlässlich.

Oberfranken verfügt auf allen genannten Feldern über wertvolle Stärken, aber die Entwicklung von Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Sie muss immer dem Bedarf, den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jede Gestaltung von Infrastruktur ist in technischer, planerischer, finanzieller und in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Um die Infrastruktur zukunftsfest aufzustellen, muss der Bedarf der Wirtschaft vor Ort berücksichtigt werden. Daraus entwickelt sich eine sinnvolle Gewichtung der Handlungsfelder und Projekte.

Als Beitrag für die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser aktualisiertes Positionspapier konkrete Infrastrukturprojekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der oberfränkischen Unternehmen absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
27. Juli 2023

Inhalt

	Position auf einen Blick	1
1	Standort Oberfranken	2
1.1	Wirtschaft und Industrie	2
1.2	Demografische Entwicklung	2
2	Mobilität	4
2.1	Straßen kapazitätsgerecht entwickeln	4
2.2	Schienerverkehr weiterentwickeln	5
2.3	Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen	6
2.4	ÖPNV stärken, Wohnraumangebot verbessern	6
3	Digitale Netze	8
3.1	Gigabitnetze flächendeckend schaffen	8
3.2	Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren	9
4	Energie	11
4.1	Dezentrale Energieversorgung ausbauen	12
4.2	Netzausbau vorantreiben und Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln	13
5	Wissen und Innovation	14
5.1	Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen	14
5.2	Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen.	15
5.3	Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen	15
5.4	Erwachsenenqualifikation an Hochschulen ausbauen	16
5.5	Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern	16
6	Gesundheit	17

6.1	Ärzteversorgung flächendeckend erhalten	17
6.2	Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln	19
6.3	Apothekennetz in der Fläche erhalten	19
6.4	Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	19
7	E-Government	21
7.1	Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen	21
7.2	E-Government – regional und kommunal große Unterschiede	22
7.3	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	23
	Anhang	24
	Ansprechpartner/Impressum	26

Position auf einen Blick

Zentrale Themen der Infrastrukturentwicklung in Oberfranken

Eine bedarfsgerechte und leistungsstarke Infrastruktur ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung der für weite Teile Oberfrankens absehbar schwierigen demografischen Entwicklung zukunftsfest ausgebaut werden. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umgesetzt werden.

Zentrale Infrastrukturthemen des Regierungsbezirks sind insbesondere die Bereiche Verkehr, Bildung und digitale Netze:

- Die Verkehrsnetze Oberfrankens müssen erhalten, bedarfsgerecht entwickelt und für die bestehenden und künftigen Anforderungen ausgestattet werden. Eine leistungsstarke Mobilitätsinfrastruktur, die auch den Bedürfnissen des ländlichen Raums gerecht wird, ist wesentlich für die weitere Entwicklung des Regierungsbezirkes.
- Um die Attraktivität des Bildungsstandortes zu steigern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen Ganztagesangebote ausgebaut, Berufsschulstandorte gesichert sowie neue Studienangebote, insbesondere berufsbegleitend, speziell in den MINT-Fächern entwickelt werden. Die Digitalisierung an Schulen ist weiter voranzutreiben.
- Der Ausbau hoch leistungsfähiger Breitbandnetze muss insbesondere in den schlechter versorgten Teilräumen weiter vorangetrieben werden. Dies gilt für die terrestrischen wie für die mobilen digitalen Netze, insbesondere das 5G-Netz.

Das vorliegende Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Herausforderungen auf den einzelnen Infrastrukturfeldern. Die vbw hat zu allen Handlungsfeldern grundlegende Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Oberfranken

Infrastrukturelle Gegebenheiten des Regierungsbezirks – Wirtschaftsstruktur, Demografie, Bewertung

1.1 Wirtschaft und Industrie

Oberfranken ist der flächenmäßig kleinste Regierungsbezirk des Freistaats Bayern und weist eine starke industrielle Prägung mit Konzentration auf den Maschinenbau und die Kunststoffindustrie auf. Weitere Branchenschwerpunkte im Bereich des verarbeitenden Gewerbes sind die Nahrungs-, Futtermittel- und Getränkeindustrie und haben einen spürbar höheren Beschäftigtenanteil als im bayerischen Durchschnitt. Zudem sind hier schon länger vom Strukturwandel besonders betroffene Branchen wie die Möbel- und Textilindustrie sowie das Glas- und Keramikgewerbe zu finden. Die Branchen Keramik und Textil sind in ihrem Strukturwandel mittlerweile gut vorangekommen. Die ebenfalls starke Automobilzulieferindustrie befindet sich dagegen gerade in einem tiefgreifenden technologischen Wandel und Transformationsprozess. Der Westen Oberfrankens ist als Standort des Versicherungswesens überregional bekannt. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2022 bei 3,4 Prozent und damit leicht über dem bayernweiten Durchschnitt von 3,1 Prozent.

In den zehn Landkreisen sowie vier kreisfreien Städten Bayreuth, Bamberg, Coburg und Hof sind auf einer Fläche von 7.231,41 km² insgesamt ca. 1,6 Millionen Einwohnern zuhause. Durch die im bayernweiten Vergleich überdurchschnittliche industrielle Prägung Oberfrankens und die starke Versicherungswirtschaft ist auch der regionale Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften, Fachkräften und MINT-Absolventen vergleichsweise hoch. Die Region ist eher ländlich geprägt. Daher stellt auch die Entfernung zu Ballungszentren den Bezirk vor einige Herausforderungen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2020 rund 38.463 Euro. Es stieg allein zwischen 2010 und 2020 um 33,3 Prozent. 65,3 Prozent der Bruttowertschöpfung 2020 wurden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, 33,8 Prozent im produzierenden Gewerbe (davon 27,6 Prozent in der Industrie).

1.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt Anfang 2023 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041 zeigt für Oberfranken eine sich abschwächende negative Entwicklung: Bis 2041 wird mit einer Bevölkerungsabnahme von knapp 16.600 (-1,6 Prozent) auf knapp 1,045 Millionen Einwohner gerechnet. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten wird jedoch ein positiver Wanderungssaldo prognostiziert.

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern in den Kreisen und kreisfreien Städten (Abbildung 1).

Abbildung 1
 Demografische Entwicklung in Oberfranken 2021 bis 2041

	Bevölkerungs- entwicklung [Prozent]	Entwicklung Altenquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Jugendquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Durchschnitts- alter [Jahre]
Bayern	+5,4	+10,6	+3,0	+1,3
Oberfranken	-1,6	+14,2	+3,8	+1,5
Bamberg (S)	+1,8	+8,4	+0,4	+1,9
Bayreuth (S)	-0,1	+5,9	+2,5	+0,6
Coburg (S)	-1,2	+8,6	+2,9	+0,7
Hof (S)	-2,4	+8,1	+4,6	+0,4
Bamberg	+2,2	+18,1	+3,3	+2,5
Bayreuth	-1,2	+16,5	+3,8	+1,7
Coburg	-0,7	+14,2	+5,3	+1,1
Forchheim	+2,7	+16,7	+3,2	+2,3
Hof	-5,0	+15,3	+6,1	+0,5
Kronach	-9,1	+21,0	+3,9	+2,0
Kulmbach	-5,2	+18,7	+5,1	+1,6
Lichtenfels	-2,4	+18,0	+3,2	+2,1
Wunsiedel/Fichtelgebirge	-7,0	+12,1	+6,9	-0,1

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis.

Bis 2041 wächst das Durchschnittsalter in Oberfranken um 1,5 Jahre auf 47,2 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 14,2 Prozentpunkte auf 53,1 Prozent zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher.

Positiv zu bewerten ist der um 3,8 Prozentpunkte auf 32,9 Prozent steigende Jugendquotient². Er lässt auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schule schließen.

¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

2 Mobilität

Mobilitätsinfrastruktur integriert und bedarfsgerecht weiterentwickeln

Oberfranken liegt in der Mitte Europas und hat sich seit der Wiedervereinigung zu einer wichtigen Transitregion entwickelt. Um seine Mobilitätsinfrastruktur zu entwickeln, müssen regionale wie überregionale Verkehrswege von der Straße über die Schiene bis hin zum Luftverkehr konsequent und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Zentrale Projekte

1. Errichtung einer Anschlussstelle der A73 im Norden Coburgs
2. Elektrifizierung zentraler Bahnstrecken in Oberfranken rasch in Angriff nehmen

2.1 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln

Tabelle 1 zeigt wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder Bau.

Tabelle 1

Straßenverkehrsprojekte in Planung oder Bau

Straße	Projekt	EP	BRGV	B
A73	Anschlussstelle an die St2205 im Coburger Norden			
B173	Lichtenfels – Zettlitz 2. BA	S Q3 2019		
	Lichtenfels – Zettlitz 3. BA			S Q3 2021
	Johannisthal – Kronach		S Q1 2012	
B289	OU Mainroth - Rothwind – Fassoldshof		S Q3 2020	
	OU Kauerndorf			S Q4 2020
B303	Verlegung Sonnefeld – Johannisthal 3. BA		S Q1 2012	
B505	Ausbau nördlich Zenbechhofen (3-streifig)			S Q3 2021

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

Q1 – Q4 = Quartale; A = abgeschlossen; S = gestartet. EP = Entwurfsplanung; BRGV = Baurechtl. Genehmigungsverfahren; B = Bau.

Die Projekte müssen zügig vorangetrieben bzw. abgeschlossen werden. Darüber hinaus muss die Anbindung an den Flughafen Nürnberg verbessert werden. Weitere Straßenverkehrsprojekte – darunter einige Ortsumgehungen (OU) – sind dringend anzugehen, die

teilweise bereits im Bundesverkehrswegeplan 2030 unter „vordringlicher Bedarf“ stehen (Tabelle 2).

Tabelle 2

Weitere notwendige Straßenverkehrsprojekte für Oberfranken

Straße	Projekt
B4	Ausbau Coburg/Weichengereuth
B22	OU Eckersdorf (BVWP/V) Ausbau von WEN bis BT (oder Schaffung wechselseitiger Überholmöglichkeiten)
B173	OU Zettlitz – Oberlangenstadt (BVWP/V) vollständiger vierspuriger Ausbau von LIF bis KC
B289	OU Weissdorf (BVWP/V)
B303	Weiterführung des begonnenen Ausbaus von Schirnding bis CO
B470	O-OU Forchheim (BVWP/V), OU Oesdorf (BVWP/V), OU Wimmelbach (BVWP/V)
B173	OU Zettlitz-Oberlangenstadt

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

BVWP/V = Bundesverkehrswegeplan vordringlicher Bedarf, BVWP/E = Bundesverkehrswegeplan vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung.

Zur Förderung der Elektromobilität ist es wichtig, die Ladeinfrastruktur an Autobahnen und Bundesstraßen weiter zügig auszubauen. Auch der Aufbau von Wasserstofftankstellen muss forciert werden. Auch gilt es, Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen nur dort einzurichten, wo dies aufgrund bestehender Gefahrensituationen erforderlich ist.

2.2 Schienenverkehr weiterentwickeln

Eine gute Schieneninfrastruktur ist für die Unternehmen und Mitarbeiter von großer Bedeutung. Notwendig ist die zeitnahe Umsetzung der folgenden im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Projekte:

- Elektrifizierung von und nach Marktredwitz bis zur Bundesgrenze
- Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale
- Elektrifizierung Hof – Regensburg

Um das Bahnnetz in Oberfranken zu ertüchtigen, muss die Elektrifizierung von Hof nach Süden weitergeführt werden, zum einen in Richtung Marktredwitz (mit Abzweig nach Schirnding) und nach Regensburg (auch wegen des Seehafenhinterlandverkehrs), zum anderen über Bayreuth nach Nürnberg. Zu letzterem gehört auch die Elektrifizierung der sogenannten „Oberfrankenachse“ über Lichtenfels – Hof, die Ost- und Westoberfranken miteinander verbindet. Übergangsweise könnten zumindest hybride Bedienformen auf der bestehenden Trasse zu realisieren sein. Daneben ist auch die Instandhaltung regionaler Trassen eine Kernforderung. Vorhandene Trassen wie beispielsweise Ebermannstadt – Behringersmühle sollten im Rahmen des Nahverkehrs intensiver genutzt werden. Bei allen zu realisierenden Projekten darf aber der notwendige Lärmschutz nicht außer Acht gelassen werden.

Um auch in Zukunft ausreichend Kapazitäten bereitzustellen, müssen bedarfsgerecht mehr regelmäßige ICE-Halte in Coburg eingerichtet werden. Darüber hinaus ist eine bessere Anbindung an die Flughäfen Nürnberg und Frankfurt am Main erforderlich.

Der Ausbau des Bahnknotens Bamberg mit dem viergleisigen Ausbau der Strecke von Nürnberg nach Bamberg ist zügig abzuschließen. Dabei sollte der seit Dezember 2020 erhöhte S-Bahn-Takt zwischen Nürnberg und Bamberg weiter verdichtet werden.

2.3 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen

Eine zeitsparende Anbindung Oberfrankens an den internationalen Flugverkehr ist nur durch leistungsfähige, regionale Flugplätze in der Region sicherzustellen. Dabei gilt es, den Verkehrslandeplatz Hof-Plauen zu erhalten und insbesondere die Kombilösung der Verkehrslandeplätze Bamberg/Coburg zu forcieren.

2.4 ÖPNV stärken, Wohnraumangebot verbessern

Für eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen ist ein leistungsfähiger und flächendeckend koordinierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum von großer Bedeutung – sowohl für Mitarbeiter*innen, als auch für Schüler*innen, Senior*innen etc. Er muss als Teil eines ganzheitlichen, multi- bzw. intermodalen und modernen Mobilitätskonzepts erhalten und vor dem Hintergrund der Energiewende bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hierzu gehört auch die Kombinationen mit neuen Antriebstechniken wie Elektromobilität und Wasserstoff und die Schnittstellenabstimmung mit alternativen Individualverkehrsmodellen wie zum Beispiel Car-Sharing, Ruftaxen oder Mitfahrbänken. Diese sind gerade für den ländlichen Raum unerlässlich.

Gleichzeitig sollte vermieden werden, dass zusätzlicher Mobilitätsbedarf alleine dadurch ausgelöst wird, dass ein bestehender Wohnraumbedarf nicht gedeckt werden kann. Das Angebot an Wohnraum ist in einigen Städten und Kommunen nicht ausreichend, wenn man als Kriterium den in § 201a Baugesetzbuch definierten „angespannter

Wohnungsmarkt“ zugrunde legt. In Oberfranken weisen die kreisfreien Städten Bamberg und Bayreuth sowie Forchheim einen angespannten Wohnungsmarkt auf.

Es gilt, das Angebot an Wohnraum in den betroffenen Städten zu verbessern. Der Bayerische Ministerrat hat im September 2022 die Gebietsbestimmungsverordnung Bau beschlossen. Damit soll die Schaffung von Wohnungen durch Nachverdichtung und Aufstockung von Wohngebäuden erleichtert werden, ohne dass vorher der Bebauungsplan geändert werden muss. Zur Verbesserung des Wohnraumangebots ist darüber hinaus der Ausweis zusätzlicher Baugebiete erforderlich. An den jeweiligen (Hoch-) Schulstandorten muss die Zahl an Wohnheimplätzen für Studenten und Berufsschüler ausgeweitet werden.

3 Digitale Netze

Flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetze und 5G-Mobilfunk in den Kommunen konstruktiv begleiten

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele für die digitalen Netze, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Im Jahr 2025 sollte Bayern mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigung für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen, bei Problemen betreiberfreundlich vorgehen,
 2. Fördermöglichkeiten zum Ausbau der Glasfaser- und 5G-Infrastruktur konsequent zu nutzen,
 3. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüssen für Unternehmen achten,
 4. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegenzutreten.
-

3.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen

Die vbw hat den Ausbaustand des digitalen Festnetzes in Bayern mit einem Update der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* zuletzt für das Jahr 2022 untersucht. Leider war – und ist bis heute – der dazu vom Bund zur Verfügung gestellte Datenstand unzureichend: Der Versorgungsgrad wird aufgrund nicht gemeldeter Daten deutlich unterzeichnet. Generell lässt sich sagen: Die Netze machen sichtlich Fortschritte, Bayern und seine Regionen – stehen im Bundesvergleich gut da. Allerdings haben die halbstädtischen ebenso wie die ländlichen Räume gegenüber den Städten nach wie vor deutlich aufzuholen, die Anbindung von Gewerbegebieten liegt spürbar unter der von Haushalten, und bis zu einer flächendeckenden Erschließung mit Glasfaser ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Angesichts der schlechten Datenlage ist eine Darstellung der Versorgungslage auf regionaler Ebene nicht möglich. Allerdings kann trotz großer Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen davon ausgegangen werden, dass die oben zusammengefassten Ergebnisse für jeden Regierungsbezirk Bayerns zutreffen.

Die Ausbaufortschritte der letzten wie auch der nächsten Jahre stützen sich einerseits auf den laufenden marktgetriebenen Ausbau durch die Netzbetreiber, andererseits auf durch die Kommunen abgewickelte Ausbauförderung des Freistaates Bayern und des Bundes. Tabelle 3 zeigt auf, wie stark die Kommunen Oberfrankens dabei auf die bayerische Gigabit-Förderung setzen.

Tabelle 3

Aktivitäten oberfränkischer Kommunen im Gigabit-Förderprogramm

	Im Verfahren, davon →	Bestandsaufnahme	Auswahlverfahren	Zuwendungsbescheid	In Betrieb
01.01.2021	29	28	0	1	0
01.01.2022	102	89	11	2	0
04.08.2022	146	117	23	6	0
17.05.2023	164	107	41	16	0

Quelle: Bayerisches Breitbandzentrum (2022), Datenstand: 17.05.2023;
 22 Kommunen haben Verfahren ausgesetzt, in der Regel da Betreiber eigenwirtschaftlich ausbauen oder da andere Förderinstrumente für die Kommune attraktiver waren.

Die Bundesregierung sieht eine vollständige Erschließung mit Glasfaser in der Fläche für das Jahr 2030 vor. Oberfranken und seine Kommunen sollten darauf abstellen, dieses Ziel schon 2025 zu erreichen und insbesondere Unternehmen schnellstmöglich an das Glasfasernetz anzubinden. Dazu muss kommunales Engagement in der Glasfaserförderung das marktgetragene Geschehen weiter überall dort ergänzen, wo es an Grenzen stößt oder notwendigen Ausbau zu lange nicht darstellen kann.

Die Förderprogramme von Freistaat und Bund und die beratende Unterstützung des bayerischen Breitbandzentrums ermöglichen es den Kommunen, diesen Beitrag mit überschaubarem Aufwand zu erbringen.

3.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren

Die vbw *Studie Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur* (Januar 2023) zeigt, dass die LTE-Empfangsqualität in vielen Teilen Oberfrankens gut ist und auch das Mobilfunknetz der 5. Generation (5G) Fortschritte macht. Nach wie vor gibt es jedoch Regionen mit weißen bzw. grauen Flecken, also unzureichender Mobilfunkversorgung.

Die Bayerische Staatsregierung hat Ende 2018 ein Mastenförderprogramm gestartet, das Kommunen und Netzbetreiber beim Ausbau der Mobilfunknetze vor Ort unterstützt, wenn

Digitale Netze

aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit bisher keine hinreichende Versorgung besteht. Bis zum 06. Mai 2023 haben 92 Gemeinden einen Förderbescheid erhalten. Auf Oberfranken entfallen 16, also knapp 17 Prozent. Dieses Engagement ist ein wichtiger Beitrag zur Schließung von Lücken im Mobilfunknetz und muss rasch vorangetrieben werden.

Das Mastenförderprogramm kann allerdings nur in sehr speziellen Konstellationen zur Anwendung kommen. Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen. Bürgerbedenken, die immer wieder Zubauvorhaben im Wege stehen, sollte über die bayernweite Kampagne *Bayern spricht über 5G* des bayerischen Wirtschaftsministeriums hinaus auch mit zusätzlicher Aufklärung vor Ort begegnet werden.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in jeder Region Bayerns möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Im Jahr 2025 sollten Netzlücken der absolute Ausnahmefall sein und nur noch dort auftreten, wo objektive Gründe einem Ausbau bisher entgegenstanden. Positiv ist insofern auch die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

4 Energie

Sichere, nachhaltige und umweltverträgliche Energieversorgung schaffen

Die Energiekrise im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges trifft Bayern mit voller Wucht. Die Preise für Erdgas und Strom sind massiv gestiegen und belasten die Unternehmen. Zusätzlich drohen vorübergehende Engpässe bei der Erdgasversorgung, wenn die Einspar- und Substitutionsbemühungen nicht ausreichend fruchten. Parallel muss die Energiewende auch am Standort Oberfranken vorangebracht werden.

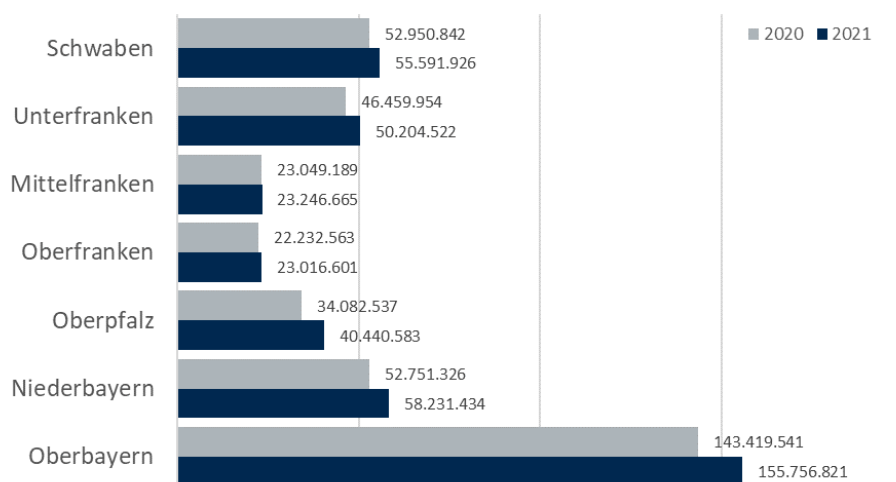
Zentrale Forderungen

1. Regionalen Energieversorgung konsequent ausbauen.
2. Netzausbau der oberfränkischen Mittelspannungsleitungen vorantreiben.
3. Energieerzeugung und Netzausbau koordiniert betreiben.

Der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe (mit Bergbau) belief sich in Oberfranken auf 23.016 Terajoule, was 5,7 Prozent des bayerischen Gesamtverbrauchs von knapp 407.500 Terajoule entspricht (Abbildung 2). Damit weist Oberfranken unter allen Regierungsbezirken den geringsten Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe auf. Allerdings gibt es einzelne Unternehmen mit einem sehr hohen Energiebedarf. Energieintensive Unternehmen finden sich beispielsweise im Frankenwald.

Abbildung 2

Energieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau in Bayern



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; eigene Darstellung (Angaben in Tausend Megajoule).

4.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in Oberfranken zugenommen – insbesondere bei Windenergie und Photovoltaik. Damit ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch in Oberfranken von 47 Prozent (31.12.2016) auf 51,4 Prozent (31.12.2021) angestiegen. Die Entwicklung bei den einzelnen Energieträgern ist aus der nachfolgenden Tabelle abzulesen.

Tabelle 4

Ausbau der erneuerbaren Energien in Oberfranken

	Anlagen 31.12.2021	Anlagen 31.12.2016	Installierte Leistung 31.12.2021	Installierte Leistung 31.12.2016
Windenergie*	294	231	680 MW	508 MW
Photovoltaik	Dach: 44.565 Frei: 274	33.000	Dach: 748 MWp Frei: 616 MWp"	810 MWp
Biomasse	293	284	142 MW	104 MW
Wasserkraft	404	406	40,6 MW	41 MW

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen
 Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt.

Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar-Parks für die Errichtung weiterer Anlagen
- Schneller Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten in Oberfranken
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung
- Potenziale bei der Biomethanproduktion heben
- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung)
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche und Entwicklung neuer Standorte (z. B. im Fichtelgebirge)

4.2 Netzausbau vorantreiben und Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln

Folgende Aufgaben müssen abgearbeitet werden:

- Die Stromversorgung von Norden nach Süden und zu unseren Nachbarländern muss auch durch schnellstmögliche Realisierung des SuedOstLinks abgesichert werden.
- Die oberfränkischen Mittelspannungsleitungen und die regionalen Niederspannungsleitungen sind für die dezentrale Energieversorgung auszubauen und aufzurüsten.
- Das Stromnetz muss insgesamt zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigem Netz weiterentwickelt werden.
- Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur (Erzeugung und Transport) für eine regionale grüne Wasserstoffwirtschaft
- Etablierung intelligenter Energienetzwerke und Netzplattformen
- Energiespeicherung: Technologie weiterentwickeln, Speicher realisieren

5 Wissen und Innovation

Wissensinfrastruktur ausbauen, Bildungsinfrastruktur stärken

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Oberfranken zu einem zentralen Anliegen der Arbeitsmarktpolitik geworden. Notwendig sind ausreichende und hochwertige Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern, um für Angehörige den Zugang zum Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

Gerade mit ihren vielen Hidden Champions benötigt die oberfränkische Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Ergebnissen der Forschung. Diese Unternehmen stehen aber teilweise nicht in regelmäßigem Kontakt zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für sie ist ein direkter und unbürokratischer Zugang zu den Hochschulen vor Ort und auch zu überregionalen Einrichtungen, also den Forschungskapazitäten an anderen bayerischen Standorten, wichtig, um innovative Ideen zu entwickeln und zu realisieren.

Zentrale Anliegen

1. Digitalisierung an Schulen weiter vorantreiben.
 2. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten oberfrankenweit bedarfsgerecht entwickeln.
 3. Zugang der Unternehmen zu Hochschulen und Universitäten verbessern.
 4. Wissenschaftliche Weiterbildung an Universitäten und Hochschulen stärken.
-

5.1 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung der Erwerbstätigkeit der Angehörigen zu sichern. Es bedarf hier eigener Angebote von Freistaat und Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen
- Beseitigung von Betreuungsengpässen in folgenden Zeiträumen, orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern:
 - Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege und Gastronomie)

- Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten)
- Schließtage in Kinderkrippen und Kindertagesstätten

5.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen.

Allgemein muss das deutsche und bayerische Bildungssystem von der Vorschule und Schule über die berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung und Hochschule ständig fortentwickelt, die Bildungsqualität weiter verbessert und die Bildungsbeteiligung erhöht werden. Gerade im ländlichen Raum Oberfrankens geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten, ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulk Kooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, entgegnet werden kann. Ziel muss es bleiben, wohnortnahe Schulangebote in der Fläche zu erhalten.

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technikoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digital Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich Kompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

5.3 Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

Viele Projekte sind in Oberfranken angegangen worden. Die vier Hochschulen nutzen die räumliche Nähe für Synergieeffekte. Im Rahmen der 2011 gegründeten TechnologieAllianzOberfranken (TAO) kooperieren alle vier oberfränkischen Hochschulen in Forschung und Lehre bei den Themenfeldern Energie, Mobilität, Werkstoffe und Informationstechnologie (IT) / Sensorik. Seit 2005 gibt es darüber hinaus eine Kooperation der Universität Erlangen-Nürnberg und der HAW Coburg in der Versicherungswissenschaft. Daneben hat sich die Wissenschaftsstiftung Oberfranken das Ziel gesetzt, die Gewinnung neuen Wissens und die Fähigkeit zur Innovation in Oberfranken nachhaltig zu fördern.

Folgende Projekte wurden bereits umgesetzt und müssen weiter zielgerichtet vorangetrieben werden:

- Am Campus Kulmbach wurde die Fakultät VII für Lebenswissenschaften: Lebensmittel, Ernährung und Gesundheit der Universität Bayreuth gegründet und aufgebaut.

- Die Hochschule Hof hat gerade mit dem Campus Münchberg und den dortigen Bachelorstudiengängen Innovative Textilien und Textildesign besondere Bedeutung für den Strukturwandel Ost-Oberfrankens.
- Mit dem Lucas-Cranach-Campus Kronach wurde ein moderner Campus geschaffen, der mehreren Hochschulen offensteht. Die Masterstudiengänge ZukunftsDesign und Autonomes Fahren sind wichtige Bausteine des Transformationsprozesses in Oberfranken.

5.4 Erwachsenenqualifikation an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der oberfränkischen Wirtschaft ist es zudem unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung ist deutlich auszubauen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben. Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen
- Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen ausbauen
- Duale Studiengänge ausbauen

5.5 Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern

In den letzten Jahren sind in Oberfranken eine Reihe von Forschungseinrichtungen neu angesiedelt oder erweitert worden. Mit vielen der hier umgesetzten Projekten werden konkrete Forderungen der vbw erfüllt. Dies hat den Forschungs- und Innovationsstandort Oberfranken deutlich vorangebracht.

Die digitalen Gründerzentren in Bamberg, Coburg und Hof müssen plangemäß auf- und ausgebaut werden.

Nachholbedarf besteht in Oberfranken insbesondere bei der Ansiedelung von Technologietransferzentren im Umfeld der Hochschulstandorte. Sie können eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen Forschung und Wirtschaft einnehmen. Es ist erforderlich, dass der Transfer von Forschungswissen und Know-how aus den Universitäten, Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen in die Unternehmen vor Ort intensiviert wird.

6 Gesundheit

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Zentrale Projekte

1. Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken.
 2. Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen.
 3. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen.
-

6.1 Ärzteversorgung flächendeckend erhalten

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Ärzte und Psychotherapeuten genau der laut Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern benötigten Anzahl an Ärzten bzw. Ärzten und Psychotherapeuten.

In der nachfolgenden Tabelle ist für ausgewählte Ärzteguppen dargestellt, in welchen Regionen ein niedriger Versorgungsgrad (kleiner oder gleich 90 Prozent) vorliegt und somit Handlungsbedarf besteht. Darüber hinaus bildet die Tabelle die demografische Situation in den Ärzteguppen ab, die sich – bis auf die Augenärzte – insgesamt im Bereich des bayernweiten Durchschnitts bewegt. Angesichts der demografischen Gesamtentwicklung ist davon auszugehen, dass im nächsten Jahrzehnt eine große Anzahl von Ärzten aus Altersgründen nicht mehr praktizieren wird. Hier muss dafür gesorgt werden, dass die aktuell insgesamt noch akzeptable Versorgung erhalten werden kann.

Tabelle 5

Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung

	Durchschnitts- alter	Ärzte über 60	Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*
Hausärzte	55,6 Jahre [55,2 Jahre]	34113 Prozent [35,7 Prozent]	Burgebrach (85,2 Prozent) Coburg (81,5 Prozent) Hallstadt (86,2 Prozent) Kronach Nord (88,3 Prozent) Kronach Süd (83,9 Prozent) Neustadt bei Coburg (89,8 Prozent) Speichersdorf (79,8 Prozent) Wunsiedel/Marktredwitz (81,0 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	53,7 Jahre [52,6 Jahre]	32,6 Prozent [26,1 Prozent]	
HNO-Ärzte	53,0 Jahre [53,4 Jahre]	31,3 Prozent [33,6 Prozent]	LK Kronach (85,6 Prozent) LK Lichtenfels (65,8 Prozent) LK Wunsiedel im Fichtelgebirge (82,1 Prozent)
Augenärzte	55,8 Jahre [53,0 Jahre]	45,2 Prozent [33,0 Prozent]	LK Kronach (48,2 Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlant (Stand: Januar 2023).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteiligere Versorgungsgebiete.

Die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum in allen Facharztbereichen sicherzustellen, bleibt wichtige Aufgabe. Aus diesem Grund sind die nachfolgenden Forderungen weiter im Blick zu behalten:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken.
- Förderung von gemeinsamen Arztpraxen sowie kommunalen und privaten Ärztehäusern als Gemeinschaftseinrichtungen und Nachversorgungszentren.
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen.

6.2 Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln

Eine gute Krankenhausinfrastruktur ist das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Die unterschiedlichen Versorgungsstufen der einzelnen Krankenhäuser sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung in Oberfranken. Die aktuelle Bettenzahl deckt den Bedarf. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in Oberfranken. Dies gilt auch für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, deren Bedarf in jedem Fall steigen wird.

Die Etablierung der klinischen Ausbildung von Ärzten am Klinikum Bayreuth ist Bestandteil einer nachhaltigen Patientenversorgung und stärkt den Universitäts- und Gesundheitsstandort Bayreuth. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Ärzten für die Arbeit in Oberfranken leisten und muss Schritt für Schritt weiterentwickelt werden.

6.3 Apothekennetz in der Fläche erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es 26,1 Apotheken in Oberfranken. Das liegt deutlich oberhalb des bayernweiten Durchschnitts von 22,3 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet i. d. R. akzeptable Anfahrtswege. Gerade in der ländlich geprägten und vom demografischen Wandel besonders betroffenen Region gilt es, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Insgesamt ist die Zahl der Apotheken in Oberfranken, wie im gesamten Freistaat, leicht rückläufig. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten. Es gilt, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken,
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken.

6.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der in Oberfranken bis 2040 mit 44,1 Prozent stark zunehmende Altersquotient (Kapitel 1.2) wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich steigen lassen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs,

Gesundheit

- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen,
- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden,
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen,
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern,
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege.

7 E-Government

E-Government-Leistungen in die Fläche tragen

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Government-Lösungen umgehend einsetzen
 2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
 3. Register für automatisierten Zugang öffnen
 4. Für Unternehmen wichtige Verfahren bei der Digitalisierung priorisieren
-

7.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden, die Serviceorientierung der Verwaltung muss ausgebaut werden. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtemanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung Postfach ↔ interne IT-Systeme
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder unlogischen Anforderungen

Lösungen für Unternehmen priorisieren

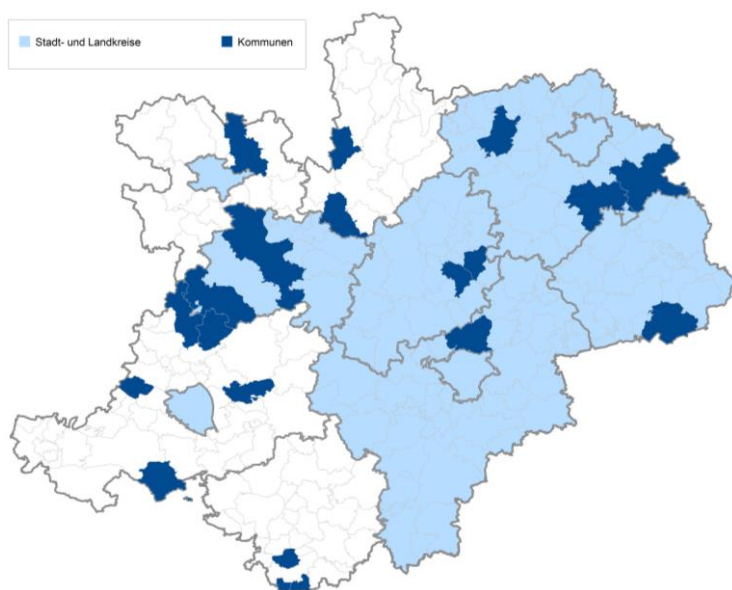
Es geht dabei um weit mehr als nur die medienbruchfreie digitale Umsetzung bestehender Verwaltungsverfahren. Verantwortliche in Behörden und Unternehmen müssen durch deutlich weitergehende Schritte Zeit für nicht automatisierbare Tätigkeiten gewinnen. Im Zuge des Umstiegs auf digitale Verfahren gilt es zudem, rechtliche Vorgaben und die Verfahren selbst einfacher zu gestalten.

7.2 E-Government – regional und kommunal große Unterschiede

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Government-Angebote müssen Bund und Länder verantworten. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Postfach, und um digitale Authentifizierungstools. Die regionale und kommunale Ebene ist vor allem als Anwender gefragt. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigt Abbildung 3 auch große Unterschiede auf, die deutlich machen: Es ginge schon mehr, man muss es allerdings auch umsetzen.

Abbildung 3

Digitale Ämter – Kommunen, Stadt- und Landkreise in Oberfranken



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben aus dem Bayern-Portal.

Abbildung 2 zeigt die Kommunen, Stadt- und Landkreise in Oberfranken, denen der Freistaat Bayern bereits die Auszeichnung „Digitales Amt“ verliehen hat. Sie alle haben bereits mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt. In Oberfranken besteht Nachholbedarf in vielen Kommunen sowie in einigen Landkreisen im Westen des Regierungsbezirks.

Dieser Weg muss weiter gegangen werden, bis jede Leistung, die sich digital anbieten lässt, auch überall entsprechend angeboten wird.

7.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

Erstens gilt es, schon einführbare Lösungen für E-Government flächendeckend einzusetzen und neue Lösungen dann, wenn sie verfügbar sind, umgehend einzuführen. Beispiele dafür sind

- als verfügbare Lösungen die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der gerade eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
- als hoffentlich bald verfügbare Lösungen ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschung im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtung im öffentlichen Raum

Zweitens gilt es, in allen kommunalen Gebietskörperschaften auch das eigene Ortsrecht auf Digitalisierbarkeit zu überprüfen, ggf. daraufhin anzupassen und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umzusetzen.

Drittens sollten auch kommunale Register für automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate / Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.

Viertens gilt es auch auf kommunaler Ebene, vorrangig Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt.

Anhang

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Infrastrukturfeldern

Energie

- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, November 2022
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Mai 2023
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, April 2023
- Studie *Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie*, Juni 2022
- Studie *Strompreisprognose*, Juli 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz*, September bis Mai 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz – Auswirkungen auf die Industrie*, November 2022
- Studie *11. Monitoring der Energiewende*, Januar 2023
- Studie *Bayernplan Energie 2040*, April 2023 (Kooperation mit VBEW)

Klima

- Studie *Mehrinvestitionen für Klimaschutz in Bayern*, August 2022
- Studie *Klimapolitik nach Sharm El Sheikh*, Dezember 2022
- vbw Position *Klimapolitik*, Mai 2023

Mobilität

- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen – leistungsfähig, intermodal, digital*, Juli 2020
- vbw Position *Luftverkehr – fit für die Zukunft*, Mai 2022
- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Januar 2023

Bildung und Innovation

- vbw Position *Vorschule und Schule*, Dezember 2022
- vbw Position *Hochschulen*, Dezember 2022
- vbw Position *Berufliche Bildung*, Oktober 2022
- vbw Position *Betriebliche Weiterbildung*, Oktober 2022
- *Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft TechCheck 2019. Technologien für den Menschen, Handlungsempfehlungen*, Juli 2019

Digitale Netze und E-Government

- vbw Position *Digitale Netze*, Januar 2023
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, Januar 2023
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, Januar 2023
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022
- vbw Studie *Das digitale Festnetz in Bayerns Regionen 2021*, August 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018
- Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft: *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen – Analyse und Handlungsempfehlungen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Patrick Püttner

Geschäftsführer

Bezirksgruppe Oberfranken

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 09561 55 62-0

patrick.puettner@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 089 551 78-268

volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juli 2023